



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Staatskanzlei
Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 85 62
Telefax +41 (0)61 267 85 72
E-Mail staatskanzlei@bs.ch
Internet www.bs.ch

Eidgenössisches Departement für aus-
wärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Völkerrecht DV
Bundeshaus Nord
CH-3003 Bern

Basel, 22. August 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 20. August 2012

Stellungnahme:

«Siebter, achter und neunter periodischer Bericht der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung»

Sehr geehrter Herr Zellweger
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum siebten, achten und neunten periodischen Bericht der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, Stellung zu nehmen. Wir freuen uns, im Einverständnis mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Ihnen unsere Bemerkungen und Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge zuzustellen.

Im Wesentlichen stimmen wir den im Bericht gemachten Aussagen zu. Der Bericht behandelt aus unserer Sicht die Materie umfassend, kritisch und inhaltlich weitestgehend korrekt. Zu den einzelnen Punkten in dem von Ihnen zugesendeten Fragenkatalog nehmen wir Bezug wie folgt:

- Teil 1, Kap. 3.2.2 S.23 / Fussnote 26 - Korrektur: Die Neuapostolische Kirche NAK wurde nicht öffentlich-rechtlich anerkannt, hierbei handelte es sich um eine **kantona-le Anerkennung**, d.h. die Gemeinschaft mit kantonalen Anerkennung bleibt weiterhin privatrechtlich organisiert.

S. 25 / Aufzählung über Beteiligung der Kantone am interreligiösen Dialog - Bemerkung/Ergänzung: Es ist wichtig, zwischen dem interreligiösen Dialog, der eher eine zivilgesellschaftliche Aufgabe ist, und staatlicher religionsbezogener Integrationsarbeit zu unterscheiden. Der Kanton Basel-Stadt hat die Stelle einer Koordination für Religionsfragen (Fachstelle Diversität und Integration, Präsidialdepartement) geschaffen, die mit der gebotenen Zurückhaltung integrativ und präventiv Religionsfra-

gen bearbeitet. Ein wichtiges Instrument dazu ist der 2007 gegründete Runde Tisch der Religionen beider Basel, dem 16 verschiedene religiöse Institutionen angehören und der an der Schnittstelle Verwaltung, Religionsgemeinschaften und Bevölkerung aktuelle Themen diskutiert. Die Koordination für Religionsfragen organisiert seit 2009 die bikantonale Eröffnung der Woche der Religionen BS/BL, die abwechselungsweise in Basel und Liestal stattfindet. Basel-Stadt pflegt ausserdem einen ständigen Austausch mit dem "Interreligiösen Forum Basel" und der Stiftung "Christlich-Jüdische Projekte" sowie deren Unterprojekt "Zelt Abrahams". Zu erwähnen ist auch die Weiterbildungsreihe "Unterstützung und Information für religiöse Betreuungspersonen", die seit 2011 von der Koordination für Religionsfragen in Zusammenarbeit mit der GGG Ausländerberatung durchgeführt wird und einen breiten Informationsbedarf abdeckt.

S. 25 / Im letzten Absatz vor Kasten - Ergänzung: Die 2007 vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt herausgegebene Handreichung "Umgang mit religiösen Fragen an der Schule" diene als Grundlage für weitere kantonale Handreichungen¹.

S. 25 / Im Kasten, letzter Punkt - Hinweis auf Ausgestaltung des Unterrichtsfachs Religion im "Lehrplan 21": Das Thema Religion wird vermehrt in den Pflichtunterricht eingebaut: In den ersten acht Jahren der obligatorischen Schulzeit im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» und in der Sek I (9. bis 11. Schuljahr) im Rahmen des Fachbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft (mit Lebenskunde)»².

S. 28-31 Punkt b) Muslimische Gemeinschaften - Hinweis: Zur Situation der Musliminnen und Muslime im Kanton Basel-Stadt und einer detaillierten Auflistung der kantonalen Massnahmen vgl. den aktuellen Bericht des Regierungsrats Basel-Stadt zum Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Muslimbericht für den Kanton Basel-Stadt (Juni 2012).

- Teil 1, Kap. 3.4.3. Kantonale Positionsbezüge und Aktivitäten gegen Rassismus - Ergänzung: Rassismus- und Diskriminierungsschutz sind wichtige Grundsätze in der Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt. Der Kanton arbeitet mit der Nordwestschweizer Beratungsstelle gegen Diskriminierung und Rassismus «Stopp Rassismus» zusammen. Diese bietet professionelle Beratung für Menschen an, die Diskriminierungen und rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Die Beratungsstelle berät, unterstützt und begleitet Betroffene und leistet durch die Dokumentation diskriminierender und rassistische Vorfälle, einen Beitrag an die Bewusstseinsbildung und Prävention. Zudem werden Massnahmen gegen Diskriminierung im Rahmen des kantonalen Integrationsplans erarbeitet. Derzeit prüft der Kanton die Möglichkeit, bei der *Europäischen Städte Koalition gegen Rassismus* der UNESCO beizutreten, um den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung als einen zentralen Pfeiler in der Integrationsarbeit zu verankern.
- Teil 2, Kap. 5.5.3. Kantonale Unterstützung der Integration und Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens - Ergänzung: Mit dem Projekt «Nachbar? Machbar!» leistet der Kanton Basel-Stadt einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des

¹ <http://www.edbs.ch/bildung/bildungskoordination/bildungsplanung/richtlinien-und-handreichungen-und-merkblaetter/>

² Vgl. http://www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht_0.pdf

nachbarschaftlichen Zusammenlebens und zur Prävention von Konflikten. Mit einem Poster werden einfach und verständlich Hausregeln mit Illustrationen und Erläuterungen in zehn verschiedenen Sprachen erklärt. Ein Flyer informiert zudem über die Anlaufstellen für Vermieter, Mieter oder Verwaltungen, die gezielt mit Mediation, interkultureller Übersetzung und transkultureller Kompetenz bei Konflikten im Nachbarschafts- und Mietbereich intervenieren.

- Teil 2, Kap. 5.5.5. Neue Entwicklungen bezüglich Erziehung und Ausbildung - Ergänzung: Der Kanton Basel-Stadt setzt sich für die Möglichkeit einer Berufsausbildung von Jugendlichen ohne Aufenthaltsbewilligung ein. Der Kanton reichte eine Standesinitiative betreffend Zugang zu Lehrstellen für Sans-Papiers am 29. Juni 2010 beim Generalsekretariat der Bundesversammlung ein, begrüßte die Motion Barthassat und unterstützte die Kampagne "Kein Kind ist illegal" der Sans-Papiers-Anlaufstellen.
- Teil 2, Kap. 7.1. Neue Entwicklungen bezüglich Erziehung und Ausbildung - Ergänzung: Im Bereich der frühen Sprachförderung leitet das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt das Projekt «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten». Ziel des Projekts ist es, allen Kindern die Lokalsprache zu vermitteln und sie mit genügend Kenntnissen für ihren Start in den Kindergarten bzw. ihre Schulkarriere auszustatten. Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden verpflichtet, eine Spielgruppe, ein Tagesheim oder eine Tagesfamilie mit integrierter Sprachförderung zu besuchen. Das Projekt zielt darauf ab, die Chancengerechtigkeit in den baselstädtischen Schulen zu verbessern.
- Teil 2, Kap. 5.6. Neue Entwicklungen bezüglich Recht auf Zugang zu öffentlichen Orten und Dienstleistungen - Ergänzung: Zentrale Inhalte des kantonalen Integrationsprogramms sind im Kanton Basel-Stadt die Öffnung der Institutionen und die Interkulturelle Übersetzung. Erwähnenswert ist im Bereich des interkulturellen Übersetzens das Projekt der HEKS-Regionalstelle beider Basel namens "KIM - Koordinationsstelle interkulturelle Mediation und Übersetzung"³, unterstützt unter anderen vom Kanton Basel-Stadt. Dieses Projekt leistet einen wertvollen Beitrag zur erleichterten Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und das interkulturelle Gespräch zwischen Migrantinnen und Migranten sowie Fachpersonen.
- Teil 2, Kap. 7.2.4. Tagungen zum Thema Rassismus/Diskriminierung in Basel - Ergänzung:
 - Stopp Rassismus: Podiumsdiskussion "Rassismus im Alltag", 28.10.2010, Basel.
 - ConnectCafeBasel: Themenwochen zur Rassismusthematik, vom 01. bis zum 17.04.2011, Basel.
 - imagine / terre des hommes Schweiz: Jährliches Festival gegen Rassismus mit Konzerten, Podiumsdiskussionen und Workshops zum Thema Ausgrenzung, Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt. Das siebte imagine Festival fand am 08. und 09.06.2012 statt, Basel.
- Teil 3, Kap. 1.3. Neue Entwicklungen zu Einbürgerungsverfahren - Ergänzung: Ab 2012 führt der Kanton Basel-Stadt Informationsveranstaltungen für potentielle Einbürgerungsbewerbende durch und versendet ein wertschätzendes Schreiben an alle Personen, welche das Recht haben, einen Einbürgerungsantrag zu stellen. Potentiel-

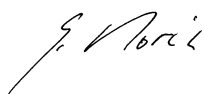
³ <http://www.heks.ch/schweiz/regionalstelle-beider-basel/kim-interkulturelle-mediation-und-uebersetzung/>

le Bewerbende werden über die Möglichkeit ihrer Einbürgerung und über das bestehende Beratungs- und Kursangebot in diesem persönlichen Brief informiert.

Abschliessend möchten wir uns bei der Direktion für Völkerrecht DV und der Fachstelle für Rassismus Bekämpfung FRB für Ihr Engagement und besonders für die Erarbeitung des Berichts bedanken. Wir schätzen den grossen Arbeitseinsatz sehr.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin